

Virtuelle Diskussionsrunde:

Repressive Medienpolitik in der EU – Ungarn im Fokus – 05. Mai 2021

Anlässlich des Europa-Mai fand am 05. Mai 2021 eine virtuelle Diskussionsrunde zum Thema „*Repressive Medienpolitik in der EU – Ungarn im Fokus*“ statt. Diese wurde von der Europa Union München veranstaltet.

An der Diskussion beteiligt waren *Dr. Othmar Karas* von der Europäischen Volkspartei und Vizepräsident des Europäischen Parlaments mit Zuständigkeitsbereichen in der Informations- und Kommunikationspolitik; *Lisa-Maria Kretschmer*, Mitarbeiterin bei *Reporter ohne Grenzen* in und für Deutschland und zuständig für Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit in der EU; *Stephan Ozsváth*, langjähriger Journalist und Buchautor („*Puszta-Populismus: Viktor Orbán-ein europäischer Störfall?*“), ehemaliger Südosteuropa-Korrespondent für die ARD und Spezialist im Bereich Ungarn und *Dr. Natascha Zeitel-Bank*, Dozentin an der Universität Innsbruck, Institut für Medien, Gesellschaft und Kommunikation und Vorstandsmitglied der Europa-Union München, welche die Diskussionsrunde moderierte.

Um Vollmitglied der Europäischen Union zu werden, hat sich jedes Mitgliedsland den Kopenhagener Beitrittskriterien verpflichtet, welche unter anderem die Charta der Grundrechte und somit die Grundwerte der Medienfreiheit und Medienpluralität voraussetzen. Wie kann es also überhaupt dazu kommen, dass die Medienpolitik innerhalb der EU repressiv ist?

Überblick

Laut *Reporter ohne Grenzen* liegt Ungarn auf Rang 92 der Rangliste der Pressefreiheit. Dieser bereits kritische Rang ergibt sich durch systematische Einschränkungen von allen Seiten: die Unabhängigkeit der Medien im Land, z. B. die Medienbesitzstrukturen, die Vergabe der Sendelizenzen und der staatlichen Werbeeinnahmen.

Seit Beginn der Corona-Pandemie gibt es in Ungarn eine Bestimmung, dass Falschaussagen über die Pandemie strafbar sind. Was als Falschaussage gilt, wird von der Regierung selbst definiert. Diese Bestimmung der ungarischen Regierung ist unter anderem ein Grund dafür, dass sich der Rang innerhalb eines Jahres um vier Plätze verschlechtert hat. Seitdem Orbán 2010 an die Macht kam, sank das Land um fast 70 Plätze auf der Rangliste der Pressefreiheit. Ungarn hat einen (negativen) „Vorbildcharakter“ für andere Mitgliedsstaaten, da Orbán gezeigt hat, dass man in der EU nicht ernsthaft sanktioniert wird.

Viktor Orbán und seine Medienpolitik

Seit Viktor Orbán und seine Fidesz-Partei 2010 an die Regierung kamen, haben sie die Medien nach und nach unter ihre Kontrolle gebracht. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und Ungarns einzige Nachrichtenagentur MTI wurde in der staatlichen Medienholding MTVA zentralisiert. Die regionale Presse ist seit Sommer 2017 vollständig im Besitz Orbán-freundlicher Unternehmer. Außer Orbáns Propaganda, welche vor allem Fake News darstellen, sollen keine Informationen verbreitet werden. Redaktionen, die berichten dürfen, werden geschlossen oder von nahestehenden Verbänden oder Verbündeten aufgekauft. Dadurch sind alle Tageszeitungen von Orbán abhängig. Die Regierung verlegt sich immer mehr auf Social-Media-Kanäle, was eine „Einbahnstraßen-Kommunikation“ zur Folge hat.

Auch vor 1989 gab es eine positive Diskriminierung in Ungarn und kritische Medien wurden auf schwarze Listen gesetzt. Orbán heute sagt über sich selbst, er sei ein Illiberaler. Früher folgte Ungarn dem Vorbild des Westens, heute gilt Ungarn als illiberales Rolemodel. Antiwestliche und antidemokratische Narrative werden erzählt, was sehr gefährlich für die europäische Union und für die europäische Bevölkerung ist. Die Regierung versucht aggressiv über diplomatische Kanäle ihr Modell des Umgangs mit Journalist*innen von Ungarn aus in den Westen zu exportieren.

Die aktuelle Situation für Journalist*innen in Ungarn

Die aktuelle Situation für Journalist*innen in Ungarn hängt sehr stark damit zusammen, für welches Medium man arbeitet. Regierungsnahe Medien haben mit Qualitätsjournalismus nicht mehr viel zu tun. Wenn man hingegen für ein unabhängiges Medium arbeitet, ist man prekären Verhältnissen ausgesetzt, da es kaum Werbeeinnahmen gibt. Man ist von Abo-Systemen, Spenden und *Open Society Foundations* abhängig. Als Journalist*in wird man sehr schnell als Aktivist*in bezeichnet und der Zugang zu Interviews mit Regierungsvertreter*innen ist schwierig. Damit gestaltet sich die Einhaltung der beruflichen Standards als Journalist*in als fast unmöglich und die Informationsbeschaffung ist vor allem wegen der Verweigerungen seitens der ungarischen Regierung deutlich erschwert. In naher Zukunft wird die Post in Ungarn aus dem Vertriebssystem aussteigen, damit werden die Werbung und der Vertrieb der Medien/Zeitungen noch stärker von Geschäftsleuten abhängig und die Informationsbeschaffung wird noch schwieriger.

Was ausländische Medien über Ungarn schreiben wird im Land selbst ebenfalls wahrgenommen und fließt in ein Instrument der Presseschau ein. Auf diesem Weg kann man Kritik an der Regierung üben, ohne dafür verantwortlich gemacht zu werden, indem man irgendein

Medium zitiert. Von der ungarischen Regierung wird diese Vorgangsweise ebenfalls wahrgenommen und sogar wissenschaftlich untersucht, um herauszufinden wer wie oft Artikel über Ungarn verfasst und in welchem Sinne.

Nicht nur in Ungarn, sondern auch auf europäischer Ebene, gibt es im Moment einen Trend Journalist*innen, Medienunternehmen oder auch Aktivist*innen strategisch zu verklagen, nicht weil man davon ausgeht im Recht zu sein, sondern weil man die Mittel dazu hat. Diese Vorgangsweise dient dazu, Journalist*innen davon abzuhalten über heikle Themen zu schreiben.

Die Reaktion des Europaparlaments und der Europäischen Kommission

Die Fidesz stand wegen der Einschränkung demokratischer Grundrechte in Ungarn bei einigen EVP-Parteien seit Jahren in der Kritik und somit wurde der Ausschluss der Orbán-Partei als Konsequenz gefordert. Man hat sich für eine Änderung der Geschäftsordnung eingesetzt, um die ganze Delegation aus der Fraktion ausschließen zu können. Am 03. März kam Orbán der EVP-Fraktion zuvor und trat aus dem EU-Parlament aus. Allein aufgrund dessen kann man auf das gestörte Verhältnis Ungarns zur liberalen Demokratie und zum Parlamentarismus schließen.

EU-Sanktionsmöglichkeiten gegen Ungarn

Da es keine europäische Öffentlichkeit gibt, gibt es nicht nur in Ungarn, sondern auch in anderen EU-Ländern einen unzureichenden Rechtsstaats- und Sanktionsmechanismus und eine zu schwache Auseinandersetzungsfähigkeit mit der Fehlentwicklung in den Mitgliedsstaaten.

Die EVP forderte bereits, dass Gelder im Fall von Missbrauch bei der Verwendung von Mitteln nicht ausbezahlt oder zurückverlangt werden sollen. Dagegen wurde jedoch direkt eine Klage eingereicht. Ungarn verzichtet bereits auf Geld der EU (weniger als 50% der möglichen Summe werde in Anspruch genommen), um Kontrollmechanismen und Sanktionen zu umgehen.

Ungarn ist auf die Unterstützung der Europäischen Union besonders angewiesen. Rund zwei Drittel der Gelder kommen von den Europäischen Institutionen. In Polen kam die Idee auf, dass diese Gelder nicht zentral über die jeweiligen Regierungen verteilt werden sollen, sondern dass sich auch Kommunen und Regionen um solche Gelder bewerben können sollten. Damit könnte man den jeweiligen Regierungen ein wichtiges Machtmittel entziehen.

Bei Vertragsverletzungsverfahren in der Vergangenheit hat Ungarn im Anschluss einer Verurteilung jeweils das Gesetz stillschweigend geändert und Maßnahmen gesetzt. Ähnliches konnte man bereits in der gesamten Flüchtlingsfrage beobachten: Ungarn war Teil der Soli-

daritätsschließung der EU, führte danach im eigenen Land jedoch eine Volksabstimmung gegen den Beschluss der EU durch und hetzte die eigenen Bürger damit gegen die EU auf. Der Schutz des Nationalismus scheint für die Bevölkerung damit ein höherer zu sein, als jener der Europäischen Union. Diese Entwicklung ist eine starke Gefährdung der europäischen Demokratie und des europäischen Projektes zu Lasten der Bürger.

Auseinandersetzung mit Fake News seitens der EU

Der *Digital News Report* des Reuters Instituts von 2020 zeigt eine Internetpenetration von 89% in Ungarn, dabei unterliegen viele der *News Media* der Kontrolle von lokalen Oligarchen, doch es gibt eine unterschiedliche und robuste Onlineberichterstattung. Facebook wird von zwei Dritteln der Bevölkerung für den Nachrichtenkonsum benutzt.

Am 15. Dezember 2020 veröffentlichte die Europäische Kommission den Vorschlag für eine Verordnung über einen Binnenmarkt für digitale Dienste (*Digital Services Act*) und zur Änderung der Richtlinien. Auch Laut *Reporter ohne Grenzen* soll es im Sinne des *Digital Services Acts* europaweit eine Pflicht zur Hervorhebung von qualitativ hochwertigen Berichterstattungen auf den Social-Media-Plattformen geben und damit die Schaffung eines leistungsfähigen bzw. klaren Transparenz- und Rechenschaftsrahmens für Online-Plattformen (Algorithmen sollen offengelegt werden).

Schutz für Journalisten

Eine europäische Richtlinie könnte in den Fällen von systematischen Klagen Journalist*innen unterstützen, indem europaweite Mindestschutzstellen geschaffen werden, um solche unrechtmäßigen Klagen schon frühzeitig abzufangen und eine finanzielle Unterstützung bereitsteht. Ganz ohne politische Rahmenbedingungen wird man jedoch nie auskommen.

Erkenntnisse

- Die EU benötigt einen Inner-Fidesz-Prozess, einen Inner-Ungarn-Prozess und einen Europäischen Prozess, wobei es zu keiner Reduktion auf Ungarn kommen soll, sondern zu einer Frage der Fehlentwicklung Europas und der Europäischen Idee. Die Rahmenbedingungen müssen geändert werden, damit die demokratische Mehrheit für „das Falsche“ nicht zur demokratischen Legitimierung der Rechtsverletzung wird.
- Ohne Innenpolitische Veränderungen in Ungarn und ohne öffentliche Debatten darüber wird es keine Änderungen in absehbarer Zeit geben. Man hofft, dass die öffentliche Debatte, die in Ungarn bereits zugenommen hat, zu einer Abklärung oder Änderung der Mehrheitsverhältnissen führt.
- Es braucht eine Lösung auf europäischer Ebene, wie man unabhängige Medien mit Geldern unterstützen und ihnen somit das Überleben sichern kann, denn allein haben sie keine Chance gegen die regierungsnahen Medien anzukommen. Es gibt bereits Versuche

von außen in das Land einzuwirken und eine Art europäische Öffentlichkeit herzustellen, beispielsweise über *Die Deutsche Welle*, *Euronews*, oder *Radio Free Europe*.

- Medienpluralismus muss als Thema präsenter werden
- Es gibt keine innerstaatlichen Angelegenheiten, die den Nachbarn nichts angehen
- Wichtig ist es außerdem Abgeordneten, die aus der Fidesz aussteigen und allen, die Angst um ihre Existenz haben, Rückhalt und eine politische Heimat zu geben und Öffentlichkeit zu erschaffen.

Ein Lichtblick für das Land sind die Ergebnisse der aktuellen Eurobarometer Umfrage: Ungarn hat ein überdurchschnittliches Vertrauen in die europäischen Institute mit rund zwei Drittel der Bevölkerung, die der EU eher vertraut und liegt damit weit vor Deutschland mit 48% und Österreich mit nur 41 %.

Gez. NZB